

Erstaufnahme - jetzt wird gehandelt

Land richtet weitere vier bis sechs Erstaufnahmestellen ein

Um die katastrophale Situation in der völlig überfüllten Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Flüchtlinge in Karlsruhe zu überwinden, will das Land sukzessive weitere LEA mit einer Gesamtkapazität von über 4.000 Plätzen einrichten. Neben der bestehenden LEA in Karlsruhe sind weitere dauerhafte Einrichtungen in Mannheim, Ellwangen, Tübingen und Freiburg geplant. Ende Oktober wurde bereits eine LEA in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb eröffnet. Diese soll in 2016 mit Aufnahme des Betriebs in Freiburg wieder geschlossen werden.

Karlsruhe: Land unter im Sommer

Durch die weitere, teils unerwartete und starke Zunahme der Asylsuchenden über die Sommermonate und die Versäumnisse bei der rechtzeitigen Bereitstellung von Aufnahmekapazitäten (die LEA ist seit vielen Monaten überfüllt) eskalierte die Aufnahmesituation in Karlsruhe. In kurzer Zeit wurden neue notfallmäßige Behelfsunterkünfte in Karlsruhe, Bruchsal und Heidelberg eröffnet. Zeitweise gab es in diesen Notunterkünften nur kaltes Wasser und kaltes Essen. Da hunderte Flüchtlinge noch nicht registriert waren, hatten sie keinen Anspruch auf Kleidung und medizinische Versorgung. Die „Flüchtlingshilfe Karlsruhe“ organisiert seitdem aufgrund des Behördenversagens mit hohem ehrenamtlichem Aufwand vor allem Kleidungsspenden (siehe Interview auf S. 22/23). Die Hilfsbereitschaft in der Karlsruher Bevölkerung ist groß. Die Notunterkünfte in Heidelberg und Bruchsal konnten Ende Oktober bereits wieder geschlossen werden.

LEA in Meßstetten eröffnet

Am 28. Oktober wurde die neue Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Meßstetten eröffnet. Durch die Umwidmung der ehemaligen Kaserne erhofft man sich eine Entlastung für die zurzeit überbelegte LEA in Karlsruhe. Dabei soll die Kaserne keine langfristige Lösung darstellen, sondern nur als, auf zwei Jahre befristete, Übergangslösung dienen. Bis dahin soll eine passende



Alternative gefunden werden, um der steigenden Zahl von Asylbewerbern angemessen begegnen zu können. Der Standort für diese LEA war (und ist) umstritten, weil er abseits von ausreichenden Verkehrsverbindungen liegt, aber direkt neben einem noch in Betrieb befindlichen Truppenübungsplatz. So schreibt der Schwarzwälder Bote am 16.10.2014: „Die Menschen, die kommen, werden mittels Informationsblatt über den angrenzenden Truppenübungsplatz und die Schießzeiten informiert. Zudem sollen Soldaten immer mal wieder vorbeischaun in der LEA, damit sich die Bewohner an den Anblick der Uniformen gewöhnen.“

LEA Karlsruhe: Im August mussten viele Flüchtlinge, wie diese Roma-Familie, sogar zeitweilig im Freien übernachten.

Bild: privat

„Die Menschen, die kommen, werden mittels Informationsblatt über den angrenzenden Truppenübungsplatz und die Schießzeiten informiert. Zudem sollen Soldaten immer mal wieder vorbeischaun in der LEA, damit sich die Bewohner an den Anblick der Uniformen gewöhnen.“

Robuste Flüchtlingsaufnahme in Meßstetten in der Vorstellung der Behörden. Quelle: Schwarzwälder Bote vom 16.10.2014



Ausgestellte Lockheed in der Zollernalb-Kaserne Meßstetten.

Bild: Joachim Röttgers (graffiti)

Bis zu 1000 Menschen sollen bereits in Kürze in Meßstetten untergebracht werden. Mit der Heimleitung wurde der Sozialkonzern European Home-Care aus Essen beauftragt, trotz des neuerlichen Missbrauchsskandals in Nordrhein-Westfalen, für den Subunternehmen von EHC verantwortlich sind. Mit der Sicherheit in Meßstetten wurden die Karlsruher Firma fa.b.ig. Beauftragt, eine private Sicherheitsfirma. Daneben soll es in der LEA einen eigenen Polizeiposten geben. Die Essensversorgung in Meßstetten wird von der Firma Medirest aus Eschborn übernommen, die bereits die LEA in Karlsruhe beliefert. Das Land finanziert auch eine Verfahrens- und Sozialberatungsstelle, die von Caritas und Diakonischem Werk betrieben werden soll. Außerdem haben sich in der 5000-Seelen-Gemeinde zahlreiche Ehrenamtliche ihre Hilfsbereitschaft angekündigt.

Auch Tübingen soll Standort werden

Eine bessere Wahl hat das Land mit dem Standort Tübingen getroffen. Im dortigen Behördenviertel, direkt neben dem Landratsamt, soll eine LEA für ca. 700 Personen gebaut werden. Auf demselben Gelände wird derzeit eine Sammelunterkunft für ca. 100 Personen errichtet. Die Freifläche neben dem Landratsamt ist eigentlich zu klein für eine

LEA, dennoch eignet sich Tübingen aufgrund seiner Infrastruktur (Beratungsstellen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen) und der Offenheit in der Bevölkerung. Obwohl die Stadt Tübingen zunächst vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, sprach sich der Gemeinderat der Stadt bereits kurz nach Bekanntwerden des Vorhabens dafür aus, dass Tübingen auch weiterhin „vorläufige“ und Anschlussunterbringung betreiben soll. Der zunächst von OB Palmer erhobene Vorbehalt, das in unmittelbarer Nähe zu dieser LEA ein Prestige-Wohnviertel („Eco-City“) in Planung sei, wurde als unerheblich erachtet. Tübingen sieht sich als weltoffen und als „Stadt der Integration mit längerem Atem“ (Ev. Dekanin Elisabeth Hege). Das Regierungspräsidium Tübingen wandte sich darüber hinaus am 11. Oktober mit der „dringenden Bitte an die Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Regierungsbezirk sowie an Vertreter der Kirchen und anderer Organisationen, geeignete Objekte zu benennen, in denen Flüchtlinge untergebracht werden können. Ziel ist die Schaffung von temporären Unterbringungskapazitäten für weitere 500 bis 1.000 Personen, bis die Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen im Februar 2015 in Betrieb geht.“

Ellwangen ab März 2015

Auch die 12.000 Einwohner zählende Kleinstadt Ellwangen im Ostalbkreis soll ein Standort für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Baden-Württemberg werden. Die dort freistehende Reinhardt-Kaserne (ehemalige Panzerkaserne) war eigentlich für diverse andere Konversionszwecke vorgesehen. Der Landrat verspricht sich von der Einrichtung einer LEA jedoch eine Begünstigung durch das Land für andere Vorhaben und scheint der in Aussicht stehenden „Entlastung“ bei der sonstigen Unterbringung einiges abgewinnen zu können. So wurden die Planungen für den Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in Schwäbisch Gmünd sofort auf Eis gelegt. OB Hilsenbek verspricht sich durch die Zustimmung zur Einrichtung einer LEA mehr Unterstützung durch das Land bei den weiteren Konversionsvorhaben. Zum Informationsabend am 3. Oktober kamen über 600 Bürger/innen in die Ellwanger Stadthalle. Einige Tage davor kursierten Unterschriftenlisten, in denen gegen die Einrichtung einer LEA Widerstand angekündigt wurde. Auch am Informationsabend warnten einzelne Redner unter Beifall vor „marodierenden Banden“, die durch Ellwangen ziehen könnten. Die Mehrheit bildeten aber Menschen, die die

Einrichtung einer LEA mittragen. Integrationsministerin Öney und Ministerialdirektor Hammann warben dafür, dass der Gemeinderat einstimmig zustimmen soll. Voraussichtlich ab März 2015 sollen mindestens 500 Personen in die LEA Ellwangen kommen, im Laufe des Jahres bis zu 1.000. Nach Informationen des Arbeitskreises Asyl Schwäbisch Gmünd gibt es weiter Widerstände in der Bevölkerung gegen die Einrichtung, einer LEA. Es werde versucht, „mit Flugblättern und einschlägigen Leserbriefen die Bevölkerung zu verunsichern“. Die 12.000 Einwohner/innen zählende Kleinstadt braucht Unterstützung.

Freiburg: Polizeiakademie als LEA-Standort in der Diskussion

Als weiterer Standort für eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge kommt die ab 2016 leerstehende Polizeiakademie in Freiburg in Frage. Der zentral gelegene Standort wäre für eine LEA gut geeignet. Die Stadt Freiburg hat Interesse bekundet, möchte jedoch im Fall der Einrichtung einer LEA wie auch der Ostalbkreis von der weiteren Verpflichtung, Flüchtlinge kommunal unterzubringen, ausgenommen werden. Die Inanspruchnahme dieses Sonderrechts, das als „Lex Karlsruhe“ gilt, haben Freiburger Initiativen und der Flüchtlingsrat kritisiert. Gerade Städte und Kreise, in denen es gute Strukturen für die Aufnahme und Unterbringung gibt (Wohlfahrtsverbände, Zivilgesellschaft, soziale Infrastruktur etc.) sollten auch bei Existenz einer LEA selbst weiterhin Flüchtlinge aufnehmen.

Das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung schreibt in einer Stellungnahme vom 22.9.2014: „Die Landeserstaufnahmestellen sind ... Bestandteil einer Politik, die auf Abschreckung und schnellstmögliche Abschiebung zielt. Wir fordern daher die dezentrale Unterbringung in Wohnungen von Anfang an anstelle der Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern.“ Mittlerweile gründete sich die Stadtteilinitiative BISS (Basisinitiative statt Quartier Schildacker). Diese zielt auf eine alternative Nutzung der Polizeiakademie: „Unsere Alternative ist ein Modell-Stadtteil, der zeigt, wie es in Freiburg anders gehen könnte: Wohnungen, in denen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung, mit und ohne deutschen Pass Tür an Tür ... zusammenleben ... Diese Art des Zusammenlebens soll zu Wohnungspreisen unter der Hartz-IV-Obergrenze möglich sein, und somit auch für Menschen erschwinglich werden, die auf Mietzahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind. Diese Vision wollen wir zusammen mit Geflüchteten auf dem Gelände der Polizeiakademie verwirklichen. Wir denken, dass dies ein Modell für eine menschliche Art des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung sein kann. Die Pläne von Stadt und Land gehen hingegen in eine ganz andere Richtung: Ein Erstaufnahmezentrum, in dem bis zu 1.000 Flüchtlinge zentral, von einem Zaun umgeben, kontrolliert und verwaltet werden, um wenige Wochen später wieder aus Freiburg weggeschickt und „weiterverteilt“ zu werden. Das vermeintlich „multikulturelle“ und „weltoffene“ Freiburg entzieht sich damit außerdem der Verantwortung, Geflüchtete dauerhaft hier unterzubringen.“

Presseerklärung des Arbeitskreises Asyl Schwäbisch Gmünd zur zukünftigen Regelung der Flüchtlingsaufnahme im Ostalbkreis

29.10.2014

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Baden-Württemberg gibt einem Landkreis mit einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge die Möglichkeit, keine weiteren Asylsuchenden mehr aufzunehmen, so dass nur noch ein kleiner Personenkreis mit besonderen Voraussetzungen aufzunehmen wäre.

In einer Erstaufnahmeeinrichtung werden neu ankommende Asylbewerber registriert und einem Gesundheitscheck unterzogen. Nach etwa 6 Wochen werden sie auf andere Kreise verteilt.

In Ellwangen wird im Frühjahr 2015 eine derartige Einrichtung in Betrieb gehen. Somit hat der Ostalbkreis die Option, in Zukunft weit weniger Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Folgen wären:

- eine höhere Belastung der übrigen Landkreise, da die absolute Quote der Baden-Württemberg vom Bund zugeteilten Flüchtlinge gleich bleibt.
- bestehende Einrichtungen und Strukturen im Ostalbkreis, die den Flüchtlingen Aufnahme, Schutz, Orientierung, Unterkunft und Integration bieten und die unter großer Anstrengung von Verwaltung, Ehrenamtlichen und der Bevölkerung aufgebaut wurden, würden aufgegeben.

Wir appellieren an die Kreisverwaltung, sich weiterhin ihrer humanitären Verantwortung zu stellen und mit den anderen Landkreisen solidarisch die Baden Württemberg zugeteilten Flüchtlinge aufzunehmen.